

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Karsten D. Voigt MdB, Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß, beschreibt den Aufrüstungsplan von Kanzler Kohl: Raketen in jedem Fall. Seite 1

Erwin Horn MdB stellt fest, daß die steigende Zahl der Kriegsdienstverweigerer eine Quittung für die Bonner Konfrontationspolitik ist: Ablehnung statt Vertrauen. Seite 3

Klaus Lennartz MdB hält Autoabgaskontrollen nicht für ein Mittel gegen das Waldsterben: Baum-Vorschlag reif für den Papierkorb. Seite 4

Dietrich Sperling MdB untersucht das Verhalten der Bundesregierung bei Hochwasser-Problemen: Zuständigkeiten oder... Seite 5

Dokumentation
Willy Brandts Aufruf zum Antikriegstag: Vertragen statt rüsten. Seite 6

38. Jahrgang / 162

25. August 1983

Raketen in jedem Fall

Kanzler Kohl offenbart seinen Aufrüstungsplan

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß
des Deutschen Bundestages

Für Bundeskanzler Kohl hat die Stationierung von Pershing II-Raketen politischen Vorrang vor der Abrüstung. Dies beweist seine Aussage gegenüber der FAZ vom 24. August: "Auch wenn eine lineare prozentuale Verringerung des Nachrüstungsbedarfs bei einer Zwischenlösung die Stationierung von Pershing II-Raketen militärisch uninteressant machen sollte, sei wegen der politischen Bedeutung dieser Waffe die Aufstellung zumindest einiger solcher Raketen nötig." Selbst wenn die Stationierung von Pershing II-Raketen militärisch überflüssig ist, wird also die Bundesregierung "wegen der politischen Bedeutung dieser Waffe" immer noch auf ihrer Stationierung beharren.

Die SPD hat seit ihrem Berliner Bundesparteitag im Dezember 1979 im Zusammenhang mit der Beratung über den NATO-Doppelbeschluß sich immer wieder zum politischen Vorrang der Rüstungskontrolle bekannt. Der politische Vorrang für die Rüstungskontrolle und Abrüstung war und ist in der SPD einmütiger Konsens, unabhängig davon, ob Sozialdemokraten dies Ziel auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses oder in Kritik zu ihm verfechten. Bundeskanzler Kohl tritt für den politischen Vorrang der Stationierung ein. Damit sind die Alternativen klar. Die Bundesregierung verkehrt die von der SPD befürwortete abrüstungspolitische Zielsetzung des NATO-Doppelbeschlusses in sein Gegenteil. Dem wird sich die SPD-Bundestagsfraktion geschlossen entgegenstellen.

Entlarvend sind auch die Feststellungen Bundeskanzler Kohls in diesem Interview. Sie ergeben zusammengefaßt folgendes Bild von den Absichten und Einschätzungen der Bundesregierung für die Genfer Verhandlungen:



1. Die Bundesregierung beharrt darauf, daß Voraussetzung für einen vollständigen Verzicht auf die Pershing II und Cruise Missiles der völlige Verzicht der Sowjetunion auf ihre SS 20-Raketen ist. Im Unterschied zur SPD reicht ihr eine drastische Reduzierung der sowjetischen SS 20-Raketen als Vorbedingung für einen völligen Verzicht auf die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen nicht aus.
2. Bundeskanzler Kohl meint selber, daß "dieses Ziel derzeit vermutlich nicht erreichbar" sei.
3. Falls es aber nicht zu diesem Ergebnis komme, von dem Kohl selber nicht glaubt, daß es erreichbar sei, werde auf jeden Fall mit der Stationierung - auch der Pershing II - begonnen.
4. Eine zeitliche Verschiebung kommt für die Bundesregierung auch nicht infrage, das heißt die Bundesregierung geht aufgrund ihrer eigenen Einschätzung unverrückbar von einem Beginn der Stationierung der Pershing II im Herbst aus.
5. Die Bundesregierung strebt zwar weiterhin eine Zwischenlösung an. Auch bei einer Zwischenlösung könnte aber nicht auf den Beginn der Stationierung - sowohl von Pershing II als auch Cruise Missiles - verzichtet werden.
6. Den insbesondere vom amerikanischen Chefunterhändler, Paul Nitze, favorisierten Kompromiß, der auch einen Verzicht auf die Pershing II vorsah, lehnt die Bundesregierung ab. Genscher und Kohl haben den "Waldspaziergang" nur deshalb erneut ins Gespräch gebracht, um ihre Aufforderung an die Sowjetunion, auf die Berücksichtigung britischer und französischer Systeme zu verzichten, zu unterstreichen. Besonders auch in dieser Beurteilung des "Waldspazierganges" kommt der diametrale Gegensatz zwischen Bundeskanzler Kohl und Helmut Schmidt, der diesen Kompromiß zum Beispiel in der "Zeit" ausführlich positiv würdigte, zum Ausdruck.
7. Die Bundesregierung würde aus politischen Gründen auch dann an einer Stationierung von Pershing II festhalten, wenn sie nach eigener Einschätzung militärisch überflüssig wäre.

Zusammengefaßt enthalten die Aussagen Bundeskanzler Kohls gegenüber der FAZ einen Bruch mit der abrüstungspolitischen Position, wie die Sozialdemokraten sie gemeinsam mit Helmut Schmidt immer wieder auf ihren Parteitagen formuliert haben. Nicht nur Alfred Dreggers, auch Bundeskanzler Kohls Konzept beschreibt einzelne Etappen eines Konzepts, das insgesamt einen Fahrplan zur Aufrüstung ergibt. Genau dieser zeitliche Ablauf und den unverrückbaren Willen der Bundesregierung zum Beginn der Stationierung setzen auch der Zeitplan, die inhaltlichen Schwerpunkte und der Umfang der von der Bundesregierung für den Herbst geplanten Propagandakampagne voraus. Würde die Bundesregierung in Ihrem eigenen Konzept für Genf noch von der Möglichkeit eines Verzichts auf die Stationierung ausgehen, dann sähe ihr Konzept für ihre für den Herbst geplante Informationskampagne anders aus. Ihr öffentlich verbreiteter Optimismus widerspricht den Absichten und Wirkungen ihres Tuns. Die aus diesem abrüstungspolitischen Versagen der Bundesregierung sich für die Bundesrepublik ergebenden politischen Folgen können verhängnisvoll werden. Deshalb ist für Sozialdemokraten innerhalb und außerhalb des Bundestages Widerspruch und Protest gegen diese Politik selbstverständlich.

(-/25.8.1983/ks/ca)

+ + +



Ablehnung statt Vertrauen

Die Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist eine Quittung für Kohls Konfrontationspolitik

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Die dramatische Zunahme der Kriegsdienstverweigerungsanträge ist das Symptom einer tiefen Vertrauenskrise in die Außen- und Sicherheitspolitik der konservativen Bundesregierung.

Diese Bundesregierung hat den Begriff der Entspannung aus ihrem Vokabular gestrichen, wie die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vom Mai dieses Jahres deutlich beweist. Das Wort "Entspannung" kommt darin nicht ein einziges Mal vor. Die Bundesregierung setzt außenpolitisch nicht auf Kompromiß und Entspannung, wie auch die jüngsten Äußerungen von Herrn Dregger und Herrn Todenhöfer beweisen, sondern auf Konfrontation. Die Enkel Adenauers wollen nicht nur zurück in die 50er Jahre, sondern zurück in den kalten Krieg und beleben die alten Feindbilder, wie die ersten Entwürfe zum neuen Weißbuch des Verteidigungsministers zeigen.

Die Verteufelung des politischen Gegners hat Methode. Friedliche Demonstranten werden zu Werkzeugen Moskaus gestempelt. Das Demonstrationsrecht, ein verfassungsmäßig garantiertes Recht, soll verschärft und damit eingeengt werden. Die jetzige Bundesregierung treibt zur Polarisierung.

Sie schürt zusätzliche Ängste und treibt damit Tausende von jungen Menschen in die Staatsverdrossenheit.

Soldatsein bedeutet für den jungen Bürger die erste bewußte Begegnung mit dem Staat. Die wachsende Zahl der Kriegsdienstverweigerer ist ein sicherer Beweis dafür, daß sich viele junge Menschen, welche die jetzige Staatsregierung mit dem Staat identifizieren, nun von diesem Staat abwenden.

Die dramatische Zunahme der Kriegsdienstverweigerungsanträge ist nur dadurch erklärbar, daß die massive Konfrontationspolitik der jetzigen Bundesregierung nach innen und nach außen mit einer eisigen Wand der Ablehnung beantwortet wird.

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich von diesem unheilvollen Weg abzuwenden. Nicht Verschärfung des Demonstrationsrechts, nicht Einengung der Freiheitsrechte nach innen, nicht Kompromislosigkeit nach außen darf die Antwort auf die neuen Herausforderungen sein. Es ist Pflicht der Regierung, um das Vertrauen der jungen Bürger zu werben. Politische Führung in der Demokratie heißt Überzeugen. Die Bundesregierung hat in der politischen Führung bisher versagt. Wenn sie den unheilvollen Weg weitergeht, führt dieses nicht nur zu Spannungen in unserer Gesellschaft, sondern zu einer Spaltung der Gesellschaft.
(-/25.8.1983/ks/ca)

+ + +



Baum-Vorschlag reif für den Papierkorb

Mit halbjährlichen Autoabgas-Kontrollen ist das Waldsterben nicht zu bekämpfen

Von Klaus Lennartz MdB

Mitglied der Kommission "Benzinbleigesetz" der SPD-Bundestagsfraktion

Der Vorschlag des früheren Innenministers Gerhart Baum (FDP), mit halbjährlichen Autoabgas-Kontrollen den Schadstoff-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen bis zu 50 Prozent zu senken und somit das Waldsterben zu bekämpfen ist undurchdacht und völlig aus der Luft gegriffen.

Baum erweckt mit seinen Vorschlägen, die nichts bringen, falsche Hoffnungen.

Er trägt damit zu einer weiteren Verzettelung der Diskussion bei, die letztendlich den Kampf gegen das Waldsterben noch weiter verzögern wird. Schade, daß gerade Baum sich an diesem Schauspiel beteiligt.

Der Baum-Vorschlag, halbjährlich Autoabgas-Kontrollen durchzuführen, ist aus folgenden Gründen reif für den Papierkorb:

1. Gerade die Stickoxid-Emission (NO_x) die durch Bildung von Salpetersäure an der Ausbildung des Sauren Regens beteiligt sind, können durch optimale Motoreinstellung nur + /- fünf Prozent beeinflußt werden.

Baums Vorschlag birgt also die Gefahr, daß der für den Sauren Regen verantwortliche Schadstoff-Ausstoß verstärkt wird!

2. Die Reduzierung der Schadstoffwerte hält nur für maximal vier Wochen an, so daß die genannten Prozentzahlen nur theoretische Bestwerte darstellen.
3. Die derzeit nach Paragraph 29 StVZO durchgeführte zweijährliche Abgasuntersuchung der Technischen Überwachungsvereine kontrolliert lediglich den CO-Gehalt im Leerlauf. Die Schadstoff-Emissionen der Kohlenwasserstoffe (CH) und Stickoxide (NO_x) werden nicht geprüft!
4. Bei einer umfassenden Überprüfung auch der Kohlenwasserstoffe und Stickoxide ist ein zeitaufwendiges Prüfverfahren notwendig, das mehr als einen Arbeitstag pro Kraftfahrzeug erfordert.
Bei gegenwärtig 23 Millionen Kraftfahrzeugen wären nach Baums Vorschlag 46 Millionen Messungen, also 46 Millionen Arbeitstage im Jahr erforderlich. Die Neueinstellung in der Werkstatt und eine nochmalige Vorführung nicht eingerechnet.
Baum fordert demnach pro Werktag über 200.000 zusätzliche ganztägige TÜV-Vorführungen - eine aberwitzige Dimension.

Der Aufwand an Zeit und Kosten für die Bürger sowie an Personal und Investitionen für die Überwachung steht also in keinem Verhältnis zum Nutzen.

Das Umweltbundesamt in Berlin und das Bundesverkehrsministerium teilen diese meine Auffassung.

Einführung bleifreien Benzins ab 1985 unerlässlich. Dagegen ist die vorgezogene Einführung bleifreien Benzins ab 1985 eine unabdingbare Voraussetzung zur Bekämpfung des Waldsterbens. Jedes spätere Datum - wie von der Bundesregierung vorgesehen 1. Januar 1986 - für diese machbare und wirklich effektive Schadstoffentlastung (90 Prozent) vergibt eine große Chance, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Die SPD-Fraktion wird in Kürze eine entsprechende Gesetzesinitiative vorlegen.

(-/25.8.1983/ks/ca)

+ + +



Zuständigkeiten oder -

Die Bundesregierung und der Hochwasserschutz

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

In diesem Jahr haben gleich zweimal extreme Hochwasser verheerende Schäden in den Tälern von Rhein, Mosel und anderen Flüssen angerichtet.

Es ist ins öffentliche Bewußtsein gedrungen und in der Fachwelt mittlerweile unbestritten, daß diese Hochwasser im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur "vom Himmel fallen". Die zunehmende Versiegelung und Verbauung unserer Landschaft bremst das Einsickern von Regenwasser, beschleunigt seinen Ablauf und vergrößert damit das Ausmaß von Hochwassern und Schäden.

Eine Bundesregierung, die Gefahren für die Bevölkerung vermeiden will und den Umweltschutz ernst nimmt, hat hier eine ernstzunehmende aktuelle Aufgabe.

Was die Bundesregierung tut, ist jedoch eher zum Weinen.

Das Kabinett Kohl ergeht sich in halbherzigen Stellungnahmen und schiebt den Schwarzen Peter hin und her, derweil die CDU-Bundestagsfraktion Schlagzeilen mit einer besorgten Anfrage zum Landschaftsverbrauch macht. So etwas nennt man Arbeitsteilung.

Der Bundesinnenminister mag den Zusammenhang von Landschaftsverbauung und Hochwassergefährdung nicht länger bestreiten: "Sie (gemeint sind Forschungsergebnisse) zeigen eindeutig, daß die genannten anthropogenen Einflüsse in der Tendenz zu einer Verschärfung der Hochwasserabflüsse führen."

Die "anthropogenen Einflüsse" sind Landschaftsversiegelung auf der einen und "wasserlaufregulierende Maßnahmen" auf der anderen Seite.

Daß wasserlaufregulierende Maßnahmen und Flurbereinigungen einen Einfluß haben, wird von dem zuständigen Landwirtschaftsminister jedoch bestritten.

Der erklärte in der Antwort auf eine andere parlamentarische Anfrage:

"Allenfalls mittelbar und in verhältnismäßig geringem Umfang können einzelne Maßnahmen (gemeint: der Flurbereinigung und des damit verbundenen Wasser- und Wegebau) Hochwasserereignisse mit beeinflussen." Der Landwirtschaftsminister weiß jedoch einen anderen Schuldigen: "Auch ist bekannt, daß die Versiegelung des Bodens in Orten und Industriegebieten sowie durch Flächen des überörtlichen Verkehrs eine weitaus größere Wirkung auf den schnelleren oberflächigen Wasserabfluß hat als etwa der Bau befestigter Wirtschaftswege." Also ist der Verkehrsminister "dran".

Der antwortet auf eine entsprechende Anfrage, daß sowohl bei Wasserstraßen wie bei Fernstraßen er nur für die "verkehrliche Sicht" zuständig ist, mithin nicht für das, was er damit ökologisch anrichtet.

Weiter: "Aufgabe des Landes ist hingegen die Wasserwirtschaft und damit auch die Hochwasserbekämpfung." Also sind die Länder die Schuldigen:

Ein schönes Bild:

Die Regierung sieht (abstrakt) ein, daß Maßnahmen der öffentlichen Hand Probleme verursachen, weist darauf hin, daß sie aber auch Geld ausgibt, um die Schäden zu verringern (durch bestimmten wasserwirtschaftliche Maßnahmen), ansonsten die Länder aber diejenigen sind, die durch ihre Maßnahmen den Schaden eigentlich anrichten, der Bund über Gemeinschaftsaufgaben dieses zwar mitfinanziert, gleichwohl nicht bestimmt und er im Zweifel ohnehin nur für die "Fach" nicht aber die ökologische Seite seiner Politik und für die Hochwasserbekämpfung sowieso die Länder zuständig sind.

Ob das auch das Hochwasser weiß?

Hoffentlich sind die zuständigen beziehungsweise doch nicht zuständigen Ministerien so gebaut, daß das Hochwasser nicht herein kann, denn dann kriegen die Herren doch noch irgendwann naße Füße.

(-/25.8.1983/ks/ca)

+ + +

D O K U M E N T A T I O N

Willy Brandt MdB hat zum Antikriegstag, dem 1. September, einen Aufruf mit folgendem Text herausgegeben:

Vertragen statt rüsten

Am 1. September erinnert die Deutsche Arbeiterbewegung, erinnern Sozialdemokraten und Gewerkschaften gleichermaßen an den Überfall auf Polen vor jetzt 44 Jahren und den damit einsetzenden Zweiten Weltkrieg. Wir wenden uns gegen das verderbliche Wettrüsten, und wir demonstrieren für die Selbstverpflichtung der Deutschen, daß von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf.

38 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg zwingt sich uns die bange Frage auf, ob sich die Schrecken der Vergangenheit nicht nur wiederholen, sondern sogar bis zur Selbstvernichtung der Menschheit steigern könnten. Ob politische Mittel ausreichen, die Katastrophe zu verhindern, mag niemand mit Sicherheit sagen.

Im Herbst dieses Jahres fällt die Entscheidung, ob in Europa noch mehr Atomwaffen aufgestellt werden oder ob wir durch ein vernünftiges Abkommen zwischen den Weltmächten dem Frieden näherkommen. Für unser Volk ist dies von besonderer Bedeutung, weil unser Land - in beiden deutschen Staaten - sonst in immer stärkerem Maße zum Stationierungsgebiet der Atomkräfte wird.

Immer mehr Menschen sehen mit Bestürzung, wie die Spannungen in der Welt zunehmen, ja sich bereits in kriegerischen Auseinandersetzungen entladen, sei es in Asien, Afrika oder Mittelamerika. Sie fürchten zu Recht, daß immer neue Waffen nicht mehr Sicherheit, sondern noch mehr Risiken schaffen.

Die Arbeitnehmer sehen, daß das ungehemmte Wettrüsten die Wirtschaft aller Länder zusätzlich belastet. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze, sondern vernichtet sie und verhindert eine sinnvolle Verwendung der Produktivkräfte. Wir stehen in der Verantwortung nicht nur für uns und unsere Kinder, sondern auch für die vielen Menschen, die Hunger leiden. Mit einem Teil der Mittel, die man heute weltweit für Rüstungen verwendet, könnte der Welthunger überwunden werden.

Noch besteht eine Chance in Genf, daß die Großmächte rüstungsbegrenzende Verträge schließen, statt weiterzurüsten. Die deutschen Arbeitnehmer drängen die Bundesregierung, im deutschen Interesse ihren Einfluß auf beide Großmächte zu nutzen, damit diese zu einem positiven Ergebnis kommen.

Ich rufe die Sozialdemokraten auf, am 1. September mit den Gewerkschaften für die Erhaltung des Friedens zu demonstrieren. Nur friedliche Versammlungen sind geeignet, unserem Appell Wirksamkeit zu verleihen. Für uns Sozialdemokraten gilt: Ohne Frieden ist alles nichts!
(-/25.8.1983/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

